

# Antrag Nr. 09-F-25-0031

## CDU, Bündnis 90/Die Grünen + FDP

---

### Betreff:

Die Wirtschaftskrise bekämpfen - Wiesbadens Infrastruktur stärken  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 17.03.2009 -

### Antragstext:

#### Vorbemerkung

Zur Stabilisierung der Wirtschaftskonjunktur hat die Bundesregierung den Pakt für Beschäftigung und Stabilität, das so genannte Konjunkturprogramm II, beschlossen. Im Rahmen dieses Investitionsprogramm sowie dem Sonderinvestitionsprogramm des Landes Hessen stehen der Landeshauptstadt Wiesbaden 25,929 Millionen Euro zur Verfügung.

Diese Mittel sind für Maßnahmen vorgesehen, für die bisher kein Geld zu Verfügung gestellt werden konnte und die demzufolge auch nicht in den aktuellen Doppelhaushalt 2008 / 2009 Landeshauptstadt aufgenommen wurden. Die Richtlinien des Bundes bzw. des Landes weisen für die kommunalen Investitionen u. a. die Bereiche Sportstätten, Verwaltungsgebäude, Straßenbau, Lärmschutz, Kultureinrichtungen sowie Kindertageseinrichtungen aus. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die dadurch entstehende Stärkung der Wiesbadener Infrastruktur und die Sicherung von Arbeitsplätzen in der Region.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten, es durch die Schaffung und Stärkung entsprechender Strukturen zu ermöglichen, dass die Infrastrukturprogramme konsequent umgesetzt werden können.
2. Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt den Magistrat dabei, die im Rahmen des Konjunkturprogramms II des Bundes sowie des hessischen Sonderinvestitionsprogramms für Wiesbaden vorgesehenen Mittel trotz des engen Zeitrahmens fristgerecht abzurufen, den finanziellen Eigenanteil der Stadt zu leisten und die Mittel effizient einzusetzen.
3. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt, dass durch diese zusätzlichen Zuweisungen des Bundes bzw. des Landes und die dadurch ermöglichten einzelnen Maßnahmen die Landeshauptstadt erneut - und eingliedert in andere Maßnahmen der Stadtentwicklung - einen weiteren Schritt hinzu einem noch lebenswerteren Wiesbaden machen wird.
4. Der Magistrat wird gebeten, deshalb die nachfolgend aufgeführten Projekte beim Bund und beim Land Hessen im Rahmen der beiden Konjunkturprogramme anzumelden:

#### *Sportstätten*

Fortführung Sanierung Kellerkopfhalle	1.850.000 €
Sporthalle Dilthey-Schule (energetische Sanierung)	1.650.000 €
Hallenbad Kostheim (Sanierung Beckenkopf)	950.000 €

#### *Verwaltungsgebäude*

Erweiterung Feuerwache1, Zentrale Leitfunkstelle	3.150.000 €
Umbau und Ausbau OV Auringen und energetische Ertüchtigung	600.000 €
Bauhandwerker Schulungszentrum * (oder Alte OV Kostheim)	1.000.000 €

\* wenn gem. Finanzierung mit dem Land Hessen möglich

**Antrag Nr. 09-F-25-0031**  
**CDU, Bündnis 90/Die Grünen + FDP**

---

*Straßenbau*

Grundsanierung Weidenbornstraße	600.000 €
Grundsanierung Fichtestraße	2.500.000 €
Grundsanierung Lahnstraße	2.500.000 €
Buswendeschleife Rambach, Niedernhausener Str. (Betonplattensanierung)	150.000 €
Errichtung eines Deponielehrpfades (inkl. Besucherparkplatz)	200.000 €
Um- und Ausbau der Verkehrsführung im Eingangsbereich der Deponie	850.000 €

*Lärmschutz*

Lärmschutz Oberer Wingertsweg	450.000 €
Lärmschutz Delkenheim	350.000 €

*Kultureinrichtungen*

Kunsthhaus - Abriss Werkstattgebäude und Neubau (inkl. Behindertenaufzug)	2.300.000 €
Kunsthhaus - Energetische Sanierung Hauptgebäude	160.000 €
Sanierung Stadtarchiv / Artothek	1.000.000 €
Barrierefreier Zugang Villa Schnitzler	500.000 €
Caligari - Umbau Kassenhäuschen	100.000 €
Villa Clementine / Sanierung Einfriedung	80.000 €
Warmer Damm - Sanierung Toilette	200.000 €
Parkanlagen Sanierung Treppen, Wege, Teiche	610.000 €

*Kindertagesstätten*

Neubau Walldorf-Kita	1.000.000 €
Kindertagesstätten (Festlegung durch den Sozialausschuss)	2.550.000 €

*Sonstige Einrichtungen*

Altenwohnanlage Schiersteiner Str. / Sanierung	600.000 €
--	-----------

---

Gesamt 25.929.000 €

5. Sollten sich im Zuge der Ausführung einzelne beschlossene Projekte aus bisher nicht absehbaren Gründen nicht realisieren lassen, wird der Magistrat ermächtigt, alternative Projekte anzumelden.

Wiesbaden, 19.03.2009

Bernhard Lorenz	Bettina Schreiber	Michael Schlempp
Fraktionsvorsitzender CDU	Fraktionsvorsitzende Bündnis 90 / Die GRÜNEN	Fraktionsvorsitzender FDP

Dr. Sven-Uwe Schmitz	Volker Meisinger-Persch	Jeanette-Christine Wild
Geschäftsführer	Geschäftsführer	Geschäftsführerin